



Leserbefragung

Nehmen Sie jetzt an der Leserbefragung der Österreichischen BauernZeitung teil Seite 10

Figl-Stipendien

Schüler, Studierende und Meister erhalten bei guten Leistungen Unterstützung Seite 10

Schule am Bauernhof

Neue Teichranger-Ausbildung und bereits 260.000 Kinder auf Höfen geschult Seite 11



Das waren die Hofgespräche 2023

Der NÖ Bauernbund nutzte die Hofgespräche, um Mitglieder in allen Vierteln zu mobilisieren, Ideen zu sammeln und politisch Bilanz zu ziehen. „Die Hofgespräche sind die ideale Gelegenheit für den Meinungsaustausch und aktuelle Informationen zu den brennenden agrarpolitischen Themen. Unser Forderungspapier ist auf diese Fragen die Antwort“, verweisen NÖ Bauernbundobmann LH-Stv. Stephan Pernkopf und NÖ Bauernbunddirektor Paul Nemecek auf ihre politischen Forderungen und Erfolge, etwa die Wertanpassung für das Agrarbudget mit starker Unterstützung aus Niederösterreich, die Aufstockung des Waldfonds, der mediale Schwerpunkt zum AMA-Gütesiegel auf Brot und Backwaren, die Petitionen im NÖ Landtag zum Import-Stopp aus der Ukraine und zur Biomasse, die Herkunftskennzeichnung in Kantinen, die Agrarstromtarife und viele weitere.

Oktober-Landtag mit wichtigen Beschlüssen für Regionen

Das landesweite Jagdgesetz, die GIS-Landesabgabe, der Erneuerbaren-Ausbau mit Fokus auf Wind- und Wasserstoff sowie der Grüne Bericht standen am 25. Oktober auf der Tagesordnung.

MARTINA KIEFER

Ein Tag vor dem Nationalfeiertag fasste der Niederösterreichische Landtag wichtige Beschlüsse, unter anderem zum Landesjagdgesetz.

Landtagsabgeordneter Manfred Schulz berichtete über einen Antrag betreffend Änderung des NÖ Jagdgesetzes 1974 (NÖ JG) durch Landtagsabgeordneten Franz Linsbauer, welcher argumentierte, dass die Bejagung von Schwarzwild mit künstlichen Nachtzielhilfen nur noch bis Ende des Jahres 2023 befristet erlaubt und deshalb Handlungsbedarf gegeben sei. Da sich der Einsatz von Nachtzielhilfen in der Jagdpraxis bewährt

habe und die Gründe für ihre Einführung unverändert vorliegen würden, wurde die unbefristete Verlängerung von Nachtzielhilfen beantragt. Damit soll etwa die dringend notwendige Reduktion des Schwarzwildbestandes zur Vermeidung von Schäden im Grünland und auf Ackerfluren sowie zur Tierseuchenprävention weiter möglich sein. Auch könne man mit dieser Methode eine sichere Jagd auf Schwarzwild gewährleisten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Abschaffung der GIS-Landesabgabe

Nachdem bereits der Interessentenbeitrag für

20.000 Betriebe abgeschafft wurde, ersparen sich ab 1. Jänner 2024 alle GIS-Zahler in Niederösterreich jährlich 69,60 Euro durch das Streichen der Landesabgabe. In Summe sind das 41 Mio. Euro, die nicht mehr eingehoben werden. Die Umstellung auf eine flächendeckende Haushaltsabgabe – auch für Menschen, die den ORF nicht sehen oder hören wollen, mache das Land nicht mit. Wichtig sei jedoch, dass die Mittel für Kultur und Sport nicht reduziert würden, weshalb es hier keine Abstriche geben werde, heißt es seitens Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und VPNÖ-Klubobmann Jochen Danninger.

Blicklichter bei Windrädern in Kritik

Der Landtag hat außerdem eine Resolution an die Bundesregierung verabschiedet, in der diese wiederholt aufgefordert wird, die „bedarfsgesteuerte Nachkennzeichnung für Windräder zur Schonung der Umwelt vor vermeidbaren Lichtimmissionen verpflichtend umzusetzen“. Denn wegen gesetzlicher Bestimmungen im Luftfahrtgesetz müssen alle Windkraftanlagen mit roten Blinklichtern ausgestattet sein. Diese Beleuchtung der Windräder sorgte aber regelmäßig für Kritik von Anrainern. Ziel müsse laut Landtagsabgeordneten Anton Kasser eine bedarfsgesteuerte Kennzeichnung sein. Auch wurde ein Antrag für den Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur beschlossen. Die Bundesregierung solle alle rechtlichen Rahmenbedingungen zum Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur und zur Realisierung von Projekten gemeinsam mit der Regulierungsbehörde und den Stakeholdern der Energiewirtschaft schaffen, so die Forderung.

Der Grüne Bericht, der dem Landtag einen Überblick zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich im Jahr 2022 verschafft, wurde in der Landtagssitzung diskutiert und zur Kenntnis genommen.

EU-Umweltausschuss mit folgenschweren Beschlüssen



Schmuckenschlager sieht keine klare Linie beim Pflanzenschutz.

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat vergangene Woche über die Wiederzulassung von Glyphosat sowie die Reduktion von Pflanzenschutzmitteln in der EU abgestimmt. Beim Wirkstoff Glyphosat folgte der EU-Umweltausschuss überraschend und mit einer knappen Mehrheit den wissenschaftlichen Fakten und stimmte für eine Verlängerung. Das Abstimmungsergebnis über den vorliegenden Verordnungsentwurf zur Reduktion von Pflanzenschutzmitteln (SUR) ist laut dem Präsidenten der LK Niederösterreich, Johannes Schmuckenschlager, hingegen erschreckend: „Das macht die unrealistische und praxisfremde Sicht- und Arbeitsweise bestimmter Fraktionen im EU-Parlament deutlich, die die Versorgungssicherheit bei ihren Entscheidungen schlichtweg nicht berücksichtigen.“ Konkret beinhaltet der derzeitige SUR-Vorschlag unter anderem aus Sicht der Praxis fragwürdige Vorgaben zu Reduktionszielen bei Pflanzenschutzmitteln, völlig überbordende

Dokumentationspflichten beim integrierten Pflanzenschutz oder ein generelles Verbot von Pflanzenschutzmitteln in „bestimmten sensiblen Gebieten“. Seit dem ersten SUR-Vorschlag fordert Schmuckenschlager deshalb eine Neugestaltung sowie eine Folgenabschätzung.

Minus 4.000 Hektar in nur drei Jahren

Als Beispiel für die Folgen einer Reduktion beim Pflanzenschutz nennt LK Niederösterreich-Vizepräsident Lorenz Mayr den durch den Drahtwurm auf Österreichs Äckern entstandenen Schadendruck. Die Anbauflächen bei Erdäpfeln sind im Vergleich zum Jahr 2020 um rund 4.000 Hektar zurückgegangen. „Am Beispiel Drahtwurm und Erdäpfel sieht man sehr deutlich, was passiert, wenn keine ausreichenden Pflanzenschutzmaßnahmen durchführbar sind. Gut wirkende Mittel sind seit einigen Jahren nicht mehr auf dem Markt – wir stoßen an die Grenzen des Machbaren“, so Mayr.



Bauernbund-Landtagsabgeordnete mit zahlreichen Beschlüssen im Oktober.